Christlicher Textilarbeiter

Centralorgan für Deutschland.

Gott und unser Recht!

Verantwortl. Redakteur: Wilh. Röhling in Düsseldorf, Corneliusstraße 66. Telefon-Nr. 4423
Berichte und sonstige Beiträge sind bis Montags abends an die Redaktion in Düsseldorf einzusenden.

Anzeigen kosten die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt.
Beilagen werden mit 5 Mk. das Tausend berechnet.
Postzeitungsliste Nr. 1649.

Der „Christliche Textilarbeiter" erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich 75 Pfg.; durch die Post bezogen 90 Pfg.
Expedition, Druck und Verlag von Joh. van Acken in Krefeld, Luth. Kirchstraße 65. Telefon-Nr. 1358.

7. Jahrgang. **Krefeld**, Samstag, 1. Juli 1905. Nr. **26.**

An alle Ortsgruppenvorstände und Mitglieder!

Werte Kollegen!

Bekanntlich tritt mit dem 1. Juli cr. das

neue Statut

unseres Verbandes in Kraft. Es muß nun dafür gesorgt werden, daß die Geschäfte des Verbandes **ohne Unterbrechung regelrecht** weiter geführt werden. Man wolle daher allerseits u. a. folgendes genau beachten:

1) Alle Ortsgruppenvorstände müssen dafür sorgen, daß am 1. Juli die **neuen Statutenbücher** ausgeschrieben und den Mitgliedern ausgehändigt sind.
2) Jede Ortsgruppe erhält **baldigst ein neues Mitgliederverzeichnis** (Mitgliederliste).
3) Jede Ortsgruppe erhält im **Monat Juli** ein neues **Hauptkassenbuch für alle Einnahmen und Ausgaben.**
4) Bis 30. Juni, bezw. bis zum Umtausch der Statutenbücher muß jedes Mitglied **26 Wochenbeiträge** (für das erste Halbjahr 1905) bezahlt und im alten Statutenbuch quittiert haben.
5) Der Versandt der **neuen Marken (30 Pfg.)** erfolgt Ende Juni durch den Verbandskassierer **Heinrich Schaffrath, Düsseldorf,** Corneliusstr. 66.
6) **Die Abrechnung für das** II. **Quartal** erfolgt noch mit den bisherigen **Bezirkskassierern,** später stets mit dem **Zentralkassierer.**

Der Zentralkassierer erledigt auch sämtliche Anfragen und den Versandt, soweit die Kassengeschäfte (Bücher, Marken 2c.) betreffend, kommen.

Die **Ortsgruppenkassierer** wollen der **Zentralstelle umgehend** ihre **genaue Adresse** mitteilen, da andernfalls der Markenversandt seitens des Zentralkassierers **Schaffrath** nicht prompt erfolgen kann.

Die auf Grund des neuen Statuts erforderliche

Neueinteilung der Agitationsbezirke

ist seitens des Zentralvorstandes wie folgt festgesetzt:

I. **Krefeld,** umfassend das bisherige Bezirksgebiet. **Vorsitzender:** Jakob Pesch, Krefeld, Wilhelmstr. 10.

II. **M.-Gladbach,** umfassend das bisherige Bezirksgebiet. **Vorsitzender:** Wilh. Hermes, M.-Gladbach, Fliethstr. 61.

III. **Aachen,** umfassend den Regierungsbezirk Aachen. **Vorsitzender:** Joh. Sistenich, Aachen, Vereinsstr. 13.

IV. **Barmen,** umfassend das rechtsrheinische Textilindustriegebiet. **Vorsitzender:** Wilhelm Röhling, Düsseldorf, Corneliusstr. 66.

V. **Bocholt,** umfassend die süd-westlichen westfälischen Kreise Borken, Coesfeld, Lüdinghausen, Ahaus. **Vorsitzender:** Adolf Lensing, Bocholt i. W., Augustastr. 870.

VI. **Münster i. W.,** umfassend das nördliche Westfalen, Hannover, Oldenburg und Schleswig-Holstein. **Vorsitzender:** Heinr. Camps, Münster i. W., Schillerstr. 47.

VII. **Fulda,** umfassend die Provinz Hessen-Nassau, das Großherzogtum Hessen, die bayrische Pfalz und den nördlichen Teil des Königreichs Bayern (Bamberg, Aschaffenburg usw.) **Vorsitzender:** Peter Geier, Fulda, Löhersstr. 28.

VIII. **Elsaß-Lothringen,** umfassend die Reichslande. **Vorsitzender:** Franz Fischer, Mülhausen i. E., Hirschstr. 54.

IX. **Baden,** umfassend das Großherzogtum Baden und das Königreich Württemberg. **Vorsitzender:** Hermann Kammerer, Murg a. Rh. (Baden).

X. **Bayern,** umfassend das Königreich Bayern, abgesehen von den oben unter VII angeführten Landesteilen. **Vorsitzender:** Lorenz Striedl, Augsburg III, Straße 2 Nr. 7.

XI. **Thüringen-Sachsen,** umfassend die thüringischen Staaten und das Königreich Sachsen sowie die Provinz Brandenburg. **Vorsitzender:** Ernst Rümmele, Greiz. (Nähere Adresse wird später angegeben.)

XII. **Schlesien,** umfassend die Provinz Schlesien. **Vorsitzender:** Josef Mehrfert, Neustadt i. O.-Schl., Meierbleiche 593.

Es ist selbstverständlich, daß die angeführte Benennung der Agitations-Bezirksvorsitzenden nur eine **provisorische** sein kann und nur solange Gültigkeit hat, bis die im neuen Statut vorgesehenen Wahlen der **Agitationskommissionen** erfolgt sind.

In den älteren Bezirken vertreten die bisherigen Bezirksvorstände bis dahin die Agitationskommissionen, im übrigen können die erforderlichen Wahlen an dem in § 35 des neuen Statuts vorgesehenen Termin durch die zu veranstaltenden **Bezirkskonferenzen** stattfinden.

Mit kollegialem Gruß!

Der Zentralvorstand.
J. V.: C. M. Schiffer, Vorsitzender.

Die „Bergarbeiterzeitung" protestiert!

Ein Teil der sozialdemokratischen Parteipresse gefiel sich bekanntlich in der Rolle, die Delegierten des Kölner Kongresses wie Schulbuben abzukanzeln wegen ihrer Stellungnahme zur Frage der Maifeier und des Generalstreiks. Jetzt wird aber auch der „Bergarbeiterzeitung", Organ des (alten) sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes, die Geschichte zu bunt und sie bringt in ihrer Nummer 24 unter der Ueberschrift „Wir protestieren!" (wie es der „Correspondent" bereits früher getan), einen Abwehrartikel. Derselbe enthält der interessanten Momente soviel, daß wir ihn unverkürzt wiedergeben wollen. Er lautet:

„Zu allem kann und darf ein Gewerkschaftler nicht stillschweigen, wenn er auf seine persönliche Ehre auch nur einiges Gewicht legt. Wir wollen übersehen, daß einige Parteiblätter (durchaus nicht alle) die Gewerkschaftsdelegierten wie dumme Jungen abkanzeln, von „Verachtung der Theorie", „glänzender Borniertheit", „seichter Rederei" usf. reden, in höhnischer Weise den Gewerkschaftsführern, die eine jahrzehntelange opferreiche und erfolgreiche Arbeit hinter sich haben, den Rat geben, mehr den Statutpassus zu beachten, der von der „geistigen Hebung der Mitglieder" spricht. Wir sind von unseren Grubenkönigen gewöhnt, die Arbeiter als „zu dumm", zu wenig „theoretisch vorgebildet" abgewiesen zu sehen, selbst dann, wenn, wie bei der Grubeninspektion, eine tüchtige Praxis zur Ausübung der Funktion vorzüglich geeignet macht. In der Sache ist es natürlich ganz egal, ob uns ein „theoretisch" gebildeter Bourgeoissprößling, der im Bourgeoislager steht, Dummkopf schilt, oder ob dies ein „Theoretiker" besorgt, der aus dem Bourgeoislager in die „Arbeiterbewegung" übersiedelte und hier den einzig echten Verzapfer „unverfälschter proletarischer" Gesinnung spielt. Wir besitzen Humor genug, um uns über diese „proletarischen Gesinnungsathleten" zu amüsieren.

Wogegen wir aber protestieren müssen, das ist der von einigen Parteiblättern demagogisch unternommene Versuch, die „Masse" gegen die „Führer" aufzuhetzen, indem man den Mitgliedern ihre gewählten Organisationsleiter als Personen denunziert, die sozusagen ihr persönliches Wohlbehagen den Bedürfnissen der Arbeiterbewegung voranstellen. Dieser „Appell an die schwielige Faust" entbehrt allerdings auch nicht ganz der Komik, wenn man weiß, welche Leute vorzüglich sich berufen fühlen, die ohne Ausnahme der Arbeiterklasse (das Wort im engsten Sinne genommen) angehörenden „Gewerkschaftsbeamten" auf den „richtigen Weg" des proletarischen Klassenkampfes zurückzubringen. Daß die **Auflösung der gewerkschaftlichen Disziplin,** d. h. der **Zerfall der Gewerkschaften** schließlich die Folge solcher „Appellationen" sein kann, mag freilich diejenigen „Theoretiker" nicht stören, die in der Gewerkschaftstätigkeit nur „Sysiphusarbeit" (nutzlose, zwecklose Arbeit) erblicken. Aber wir Arbeiter werden unsere gewerkschaftlichen Organisationen gegen jeden Angriff verteidigen, mag er kommen, woher er will.

Wir lesen in der „Leipziger Volkszeitung" Nr. 129, 2. Beilage, einen sehr beachtenswerten Artikel über zwei Gewerkschaftsversammlungen (Holzarbeiter und Metallarbeiter) in Leipzig, die abfällig, ganz im Sinne der „Leipziger Volkszeitung", den Kongreß in Köln beurteilen. Das ist das gute Recht der Gewerkschaftsmitglieder. Aber die Randbemerkungen, die die „Leipziger Volkszeitung" an die Versammlungen knüpft, verraten in glücklicher Weise, wessen sich die Gewerkschaften zu erfreuen haben. Das Blatt schreibt:

„Das war kein Gewerkschaftskongreß, das war ein **Kongreß von Gewerkschaftsbeamten!** rief Genosse Lehmann unter starkem Beifalle aus, und viele der Diskussionsredner kamen auf diesen Punkt wieder zurück. Dieser **Protest gegen** die allmählich aufkommende **Gewerkschaftsbureaukratie** dünkt uns ein **sehr gutes Zeichen** für den gesunden Sinn zu sein, der auch heute noch in dem überwiegenden Teile der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter herrscht ... Wir können mit dem Verlaufe der gestrigen Versammlung **zufrieden** sein, wie mit der Stimmung, die in der Metallarbeiterversammlung zum Ausdrucke kam."

Sonst wird es in der Arbeiterbewegung durchaus nicht angenehm empfunden, wenn nach Kongressen „Unstimmigkeiten" obwalten. Jetzt sind wir glücklich so weit, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen Gewerkschaftsangehörigen benutzt werden, um die Gewerkschaftler gegeneinander zu hetzen. Nebenbei gesagt sind die „Gewerkschaftsbeamten" auch Gewerkschaftsmitglieder; auch stehen die „Führer" mit ihrer „Borniertheit" nicht allein, sondern sie sind gewählt von der Mitgliedschaft, müssen also doch wohl die Ansicht mindestens der Mehrheit vertreten. Sollten die Hetzereien sich fortsetzen und dadurch die Geschmähten zur energischen Gegenwehr gezwungen werden, dann können die „Literaten" noch ihr blaues Wunder erleben. Die Wendung von der „Gewerkschaftsbureaukratie", die das frische Gewerkschaftsleben ihren „krämerhaften", egoistischen Interessen zu Liebe einschränken will, muß bei den Lesern die Empfindung wecken, die „Gewerkschaftsbeamten" hätten ihren fetten Posten, befänden sich „in gehobener Lebensstellung" und hemmten wie die offizielle Bureaukratie den Fortschritt der Freiheitsbewegung. Noch ein Schritt weiter, und wir sind bei den in der bürgerlichen Presse so oft zitierten „Budikern" und bezahlten „Agitatoren" angekommen, für die keine sachlichen, sondern persönliche Motive Richtschnur ihres Handelns sein sollen. Wenn die Grubenbarone einen Bergmann maßregeln, er dann vom Verbande als Beamter angestellt wird, dann ist er für die Unternehmer „kein Bergmann mehr", sondern ein „betriebsfremder Agitator". Aehnlich so wird jetzt versucht, die „Gewerkschaftsbeamten" als „bornierte" „Bureaukraten" und der „proletarischen Bewegung" fremd geworden hinzustellen. In den letzten Jahren, nachdem die Gewerkschaften sehr erstarkten, ist diese Teilung zwischen „bornierte Führer" und „mit unverfälschtem Klasseninstinkt" begabter Mitgliedschaft wiederholt „theoretisch" dargestellt worden. Nunmehr soll aber „praktisch" der „Hebel" angesetzt werden, mit „Befriedigung" wird die „gesunde Reaktion" begrüßt.

Wir protestieren entschieden gegen diesen Verdächtigungsfeldzug und **warnen** diejenigen, die ihn führen! Genügen den Gewerkschaftsmitgliedern ihre „Führer" nicht, gut, so wählt man sie einfach nicht wieder. Die „Gewerkschaftsbureaukraten" sind keine Kleber, sie haben durchweg ein ehrliches Handwerk erlernt und können es auch, wenn es nötig ist, wieder ausüben. Wir halten es für selbstverständlich, daß nur das Vertrauen der Mitglieder die Gewerkschaftsbeamten in ihrer Stellung erhalten kann. Darum verbitten wir uns entschieden Verdächtigungen und Beschimpfungen, zumal von „Literaten", deren Haupttätigkeit bisher darin bestand, unaufhörlich „theoretischen" Zank und Spektakel innerhalb der Arbeiterbewegung zu machen!

Dieser oft bitter beklagte Zustand erklärt ohne weiteres, warum unser Freund Bömelburg von gewissen „Literaten" nicht viel hält, woher der Widerwille weiter Arbeiterkreise gegen „Akademiker" stammt. Kein Gewerkschaftsführer ist ein „bornierter Verächter der Theorie", wir alle sind Verehrer unserer großen Theoretiker und bemühen uns, sie zu verstehen. Wie wäre denn sonst die deutsche Arbeiterbewegung so weit gekommen? Sind doch die Gewerkschaftler die Kerntruppen der Bewegung. Also mäßige man sich gefälligst in der Herabsetzung der „bornierten" Gewerkschaftler, im andern Falle müßte den „Literaten" recht deutlich begreiflich gemacht werden, wie das Wort zu verstehen ist: „Die Befreiung der **Arbeiterklasse** kann nur das Werk der **Arbeiter selbst** sein!"

Es dürfte den „freien" Gewerkschaften doch allmählig darüber zu dämmern beginnen, welch eine Mißheirat mit der Sozialdemokratie sie eingegangen sind. Die auf Verbesserung bestehender Verhältnisse strebende Gewerkschaftsidee in Einklang zu bringen mit dem auf die Verelendungstheorie fußenden Parteidogma, das ist ebenso unmöglich, als daß irgend etwas zu gleicher Zeit sein kann und nicht sein kann.

Zur Bauarbeiteraussperrung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Die Leitung des christlichen Bauhandwerkerverbandes schreibt uns:

Am Pfingstdienstag sind vom Arbeitgeberbund für das Baugewerbe für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk gegen 6000 Bauarbeiter (Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter) ausgesperrt worden. Somit ist in diesem Bezirk, *der in diesem Jahre schon einmal unter einem Riesenkampf* zu leiden hatte, ein neuer entbrannt, der für das Wirtschaftsleben jener Gegend schwere Schäden zeitigen kann. Ist der Bergarbeiterstreik indirekt durch die Arbeitgeber verursacht worden, so haben den gegenwärtigen Kampf die Arbeitgeber direkt inszeniert. Wie sie angeben, mußten sie zu der Aussperrung schreiten, weil in Dortmund einige Zimmerplätze und die Bauten eines Maurermeisters seitens der Arbeiter gesperrt wurden. Jedem, der über diese Motivierung der Aussperrung etwas nachdenkt, wird sofort klar sein, daß sie nicht stichhaltig ist. Was würde man wohl sagen, wenn wir Arbeiter in 35 Orten in den Ausstand treten würden, weil wir in einem Orte mit einigen Arbeitgebern in Differenzen geraten sind? — Die ganze öffentliche Meinung würde gegen die Arbeiter Stellung nehmen und das Vorgehen als ein Produkt des Uebermutes und der Verhetzung hinstellen. Hier, wo die Arbeitgeber sich nicht entblöden, wegen einiger Bausperren über einen großen Bezirk schwere wirtschaftliche Schäden heraufzubeschwören und ohne vernünftigen Grund viele Tausend Arbeitskräfte lahm zu legen, ist von Entrüstung ob solchen Vorgehens nichts zu merken.

Um den Kollegen zu ermöglichen sich ein Urteil über die Motivierung der Aussperrung bilden zu können, sei ihre Vorgeschichte hier kurz angeführt. In Dortmund bestand bis April dieses Jahres zwischen den organisierten Maurern und Zimmerern einerseits und der Innung für das Baugewerbe andererseits ein Tarifvertrag, nach welchem der Stundenlohn 50 Pfg. betrug. Im vorigen Winter, als Verhandlungen über Verlängerung des Tarifes stattfinden sollten, wurde von Arbeiterseite für Maurer und Zimmerer ein Stundenlohn von 55 Pfg. und für Hilfsarbeiter von 45 Pfg. verlangt. Die Arbeitgeber erschienen zu den Verhandlungen mit gebundener Marschroute und erklärten, mit den Arbeitern ein Abkommen bis 31. Juli 1906 treffen zu wollen bei 52 respektive 42 Pfg. Höchstlohn. Ueber die Lohnhöhe wäre schließlich eine Einigung erzielt worden, wenn von den Arbeitgebern nicht so streng an dem Ablauf-Datum der Vereinbarung festgehalten worden wäre. Die Arbeitervertreter schlossen aus diesem Umstande und der Tatsache, daß an diesem Datum noch mehrere Tarifverträge in dem Bezirk dieses Arbeitgeberbundes ablaufen, daß die Arbeitgeber eine allgemeine Aussperrung planten. Dieser wollten sie entgegenwirken und verlangten einen andern Ablauftermin. Infolgedessen kam keine Einigung zu stande. Anfangs Mai traten die sozialdemokratisch organisierten Zimmerer in Dortmund bei einigen Arbeitgebern in den Ausstand wegen 55 Pfennig Stundenlohn, ohne sich vorher mit den anderen Bauarbeiterorganisationen ins Einvernehmen zu setzen. Die Arbeitgeber verlangten nun von den organisierten Maurern und Hilfsarbeitern, sie sollten die Zimmerer zur Aufnahme der Arbeit veranlassen. Für den Fall, daß die Zimmerer die Bausperren nicht aufheben würden, wurde die Aussperrung sämtlicher organisierten Bauarbeiter angedroht. Inzwischen hatten auch die Maurer über die Bauten des Unternehmers Schulte die Sperre verhängt, weil er Sonnabends nicht um 6 Uhr Feierabend machen lassen wollte, was die meisten Arbeitgeber bereits geschehen ließen. Schaden hatten die Arbeitgeber von dem früheren Arbeitsschluß nicht, da die Arbeiter die Zeit nicht bezahlt verlangten. Da es den Maurern und Hilfsarbeitern unmöglich war — es liegt gar nicht in ihrer Macht — die Zimmerer zur Aufnahme der Arbeit zu veranlassen, erfolgte vor 4 Wochen in Dortmund die Aussperrung sämtlicher organisierten Bauarbeiter. Nachdem dort die Aussperrung 14 Tage gedauert hatte, gaben die Arbeitgeber bekannt, daß sie die organisierten Bauarbeiter im ganzen Gebiet des Arbeit-

geberbundes aussperren werden, falls in Dortmund nicht die Sperren aufgehoben werden. Nun legte sich die Behörde ins Mittel. Unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten von Arensberg fand am Freitag vor Pfingsten im Rathause zu Hagen eine Sitzung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertretern statt. Da erklärten die Arbeitgeber-Vertreter, keine Tarifverträge mehr abschließen zu wollen und Löhne nach Leistung, d. h. nach Willkür, zu zahlen. Eine Einigung war unter diesen Umständen nicht möglich, da die Arbeiter im Interesse des sozialen Friedens einen, bis auf die Lohnhöhe einheitlichen Tarifvertrag für den ganzen Bezirk forderten. Der Kampf dreht sich weniger um die Lohnhöhe wie um die Tarifverträge überhaupt. Die Arbeitgeber des Baugewerbes im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wollen keine Tarifverträge, das ist der springende Punkt. In ihrem Bunde haben die Männer Bueck'scher Gesinnung die Oberhand bekommen und wollen den Bueck'schen Ausspruch, auf wirtschaftlichem Gebiet dürfe man die Arbeiter nicht als gleichberechtigt anerkennen, in die Praxis umsetzen. Die Arbeitgeber des Baugewerbes lassen sich von den Großindustriellen als Sturmbock benutzen, denn ihre Ansicht: „Tarifverträge sind für den Arbeitgeber schädlich", ist eine Selbsttäuschung, die ihnen noch teuer wird zu stehen kommen. Sie können, wenn sie dem Beispiele ihrer Berliner Kollegen folgen, Tarifverträge ohne Schaden abschließen, da sie nicht mit Weltmarktpreisen zu rechnen haben, wie andere Industriezweige. Wahrscheinlich befürchten die Großindustriellen, daß auch ihre Arbeiter sich mehr auf ihre Gleichberechtigung besinnen, wenn die Arbeiter des Baugewerbes durch die Organisationen bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Einfluß ausüben. Man kann nicht wissen, ob sie nicht gar die ganze Aussperrung angezettelt haben und ihren Helfern im Baugewerbe die Munition liefern. —

Angesichts der geschilderten Tatsachen und Wahrscheinlichkeiten wird jedem denkenden Arbeiter klar sein, daß er die Pflicht hat, die kämpfenden Bauarbeiter im Ruhrkohlengebiet nach Kräften zu unterstützen. Sie kämpfen hauptsächlich um Tarifverträge, um die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes. Unterliegen sie, so werden nicht nur die Arbeitgeber im Baugewerbe ihre vermeintlichen Vorrechte in Anwendung bringen, sondern auch die Arbeitgeber in den anderen Gewerben werden ihre Arbeiter nach Bueck'schem Muster behandeln. Von den Kämpfenden gehören mehr als die Hälfte dem christlichen Bauarbeiterverbande an. Christliche Arbeiter, Eure Pflicht ist es, diese besonders zu unterstützen, sie kämpfen auch für Euch. Hoch die Solidarität der christlichen Arbeiter!

Ferner wird uns bezüglich der Bauarbeiteraussperrung noch folgendes mitgeteilt:

„Am 1. April d. J. lief der 1903 geschlossene Tarifvertrag der Maurer und Handlanger ab. Schon im Dezember v. J. reichten letztere zwecks Erneuerung des Vertrages ihre Forderungen ein. Dieselben lauteten: Für Maurer, Stundenlohn von 55 Pfg. Für Handlanger, Stundenlohn 45 Pfg. Erst im März d. J. wurden die Arbeitervertreter zur Verhandlung eingeladen und ihnen folgendes Angebot, mit dem Bemerken, „wenn ihr das nicht annehmen wollt, könnt ihr streiken", gemacht: a) Für Maurer 52 Pfg. Stundenlohn, b) Für Handlanger 42 Pfg. Stundenlohn. c) Der neu abzuschließende Vertrag endet nach vorheriger halbjähriger Kündigung am 1. August n. J.

Die Arbeiter reduzierten ihre Forderungen auf 53 bezw. 43 Pfg., wollten jedoch als Endtermin des Tarifvertrages den 1. April festgesetzt wissen, weil nach Schluß der Bausaison ein neuer, für die Arbeiter günstiger Vertrag nicht zustande kommen könnte. Nun wurde ohne Tarifvertrag und ohne Gedanken an einen Streik weitergearbeitet. Mehrere Unternehmer zahlten freiwillig 52 Pfg., einzelne 53, auch 55 Pfg. Stundenlohn, die Mehrzahl jedoch nur 50 Pfg. Ausdrücklich sei erwähnt, daß der christliche Maurerverband infolge der Resolution vom Reinoldushof (in Sachen Althof'scher Bau) ganz selbständig handelte und nicht das geringste mit dem sozialdemokratischen Verbande zu tun hatte. Anfangs Mai reichte der sozialdemokratische Zimmererverband seine Forderungen ohne Erfolg ein. Dieser verhängte einige Bausperren, worauf als Antwort der Arbeitgeberbund an die Maurer die Aufforderung erließ, die Zimmerer zu veranlassen, die Arbeit aufzunehmen, andernfalls die Aussperrung sämtlicher Bauarbeiter (auch der christlichen d. G.) erfolgen wird. 48 Stunden später faßte eine öffentliche Bauarbeiterversammlung dem Sinne nach folgenden Beschluß:

1. Jede Berufsgruppe entscheidet in Lohn- und Arbeitsbedingungen selbständig; daher haben die Maurer nicht das Recht und die Macht, auch nicht den Einfluß, die Zimmerer zur Arbeitsaufnahme zu zwingen. Die Aufforderung des Arbeitgeberbundes ist unausführbar. 2. Zur Erhaltung des wirtschaftlichen Friedens sind wir zu verhandeln bereit. 3. Soweit das Koalitionsrecht in Frage kommt, erklären wir uns mit den Zimmerern solidarisch. 4. Der Lohnkommission ist Folge zu leisten.

Am Samstagabend, den 13. Mai, erfolgte dieser sicherlich nicht starrköpfige Beschluß und gleichzeitig die Aussperrung sämtlicher organisierten Maurer und Zimmerer. War das Verhältnis bis dahin zwischen den sozialdemokratisch und christlich Organisierten kein freundschaftliches, so trieben die Unternehmer beide Parteien gewaltsam zusammen. In Dortmund herrschte strenge Disziplin, daher konnte der Arbeitgeberbund nichts erreichen, und nun wurde am 29. Mai beschlossen, die Aussperrung auf das ganze Industriegebiet auszudehnen. Jene Arbeiter ohne Kündigung wurden sofort, die mit Kündigung am Dienstag nach Pfingsten entlassen. Der Herr Regierungspräsident hat sich die erdenklichste Mühe gegeben, um das Aeußerste zu verhüten, jedoch scheiterten seine Bemühungen an dem ablehnenden Verhalten der Unternehmer. „Wir wollen keine Tarifverträge mehr", erklärten sie. Während in Berlin auf Grund der Tarifverträge seit 1899 der Friede im Baugewerbe erhalten blieb, und soeben die Beteiligten die Verträge auf zwei Jahre verlängerten, werden von den Unternehmern in Rheinland und Westfalen die Tarife für schädlich erachtet.

Doch nun die Sperren. Die erste wurde an der Protestkirche (Flurstraße) verhängt, weil der Bauunternehmer Schulte sein Versprechen, am Samstag abend um 6 Uhr Feierabend zu machen, nicht hielt. Die Sperren sind nur Begleiterscheinungen in diesem wirtschaftlichen Kampfe, nicht aber die eigentliche Ursache. Weil der Arbeitgeberbund es fühlte, wie ungeschickt er geleitet wird, bringt er die Einzelsperren in ursächlichen Zusammenhang mit der Generalaussperrung. Wahrheit ist, daß die Maurer die Zimmerer zur Aufnahme der Arbeit zwingen sollten, und da dies unmöglich ist, erfolgte die Aussperrung. Mögen nun noch soviel Erklärungen hierauf erfolgen, an der bestehenden Tatsache wird nichts geändert."

Aus dem Münstertal (Elsaß).

Wirft man einen Blick in unser mit Naturschönheiten so verschwenderisch ausgestattetes Vogesental, so kommt einem unwillkürlich der Gedanke: Dieses herrlich gelegene Fleckchen Erde ist wirklich wie geschaffen, glückliche, zufriedene Menschen zu tragen. Der Wanderer, der, mit den sonstigen Verhältnissen nicht vertraut, sich aus dem Gedränge des Großstadtlebens hierhergeflüchtet hat, um Herz und Gemüt zu erquicken, sich von dem, unserm heutigen Erwerbsleben eigenen rastlosen Ringen zu erholen, wird wohl gar die Bewohner dieser herrlichen Gegend beneiden, wenn er von der Bergeshöhe sein Auge über die im Sonnenglanz so friedlich daliegenden Hütten schweifen läßt. Und doch, wie weit ist ein großer Teil unserer Bewohner, insbesondere die Arbeiterschaft, davon entfernt, sich sorglos der sie umgebenden reizvollen Naturschönheiten zu erfreuen. Die durch die erbärmlichen Arbeitsverhältnisse bedingte graue Sorge ums tägliche Brot läßt einen solchen Genuß nicht zu. Selten wird die Ausbeutung der Arbeiter so rücksichtslos betrieben, wie in manchen Betrieben hiesiger Gegend. Vor allem ist es die überlange Arbeitszeit, die Geist und Gemüt abstumpft, jedes sittliche Empfinden tötet und die Gesundheit der Arbeiter und Arbeiterinnen zerrüttet. Kommt es doch in einigen Betrieben vor, daß die Arbeiterschaft morgens um 4 oder 5 Uhr schon in der Fabrik ist, um durch „fleißige" Arbeit einen „schönen" Lohn zu verdienen. Pausen werden in der Regel nicht eingehalten, auch von den Jugendlichen nicht, auch können die Arbeiter wiederum abends bis Sonnenuntergang tätig sein. Von dieser Gelegenheit wird denn auch ziemlich ausgiebig Gebrauch gemacht. Erst kürzlich machten wir die Gewerbeinspektion auf einige Betriebe mit derartigen Mißständen aufmerksam, hoffentlich wird Remedur geschaffen. Dazu kommt noch die mangelhafte Ventilation der Arbeitsräume, die die gesundheitlichen Gefahren noch erhöht. Nicht selten kommt es auch vor, daß Arbeiter resp. Arbeiterinnen einfach bei Androhung der Entlassung gezwungen werden, auf 3 resp. 4 Stühlen zu arbeiten, trotzdem dies bei ihrer schwächlichen Körperkonstitution oder ihrer zerrütteten Gesundheit den sicheren frühzeitigen Tod bedeutet. Der Arbeitslohn reicht mit wenigen Ausnahmen gerade aus, um den notdürftigsten Lebensunterhalt zu decken. Und dies nur dank der Kuh oder Ziege, die viele Arbeiter im Stall haben, und dank des Stückchens Boden, das sie nach der Fabrikarbeit noch bebauen, um den Bedarf an Gemüse usw. selbst zu ziehen.

Angesichts solcher Verhältnisse sollte man glauben, die hiesigen Arbeiter begrüßten mit aufrichtiger Freude die Organisation, um mit Hülfe derselben sich aus ihrer oft erbärmlichen Lage emporzuarbeiten. Weit gefehlt! Auch hier trifft die anderwärts gemachte Erfahrung zu, daß die am schlechtest gestellten Arbeiter am schwersten zu gewinnen sind für die Organisation. Stumpfsinniger Indifferentismus, Mangel an Opferwilligkeit, wie auch ein fast unüberwindliches Mißtrauen gegenüber der Organisation, erschweren die Agitation ungemein. „S'ist ja doch nur Schwindel! 's nutzt ja doch nichts, die bringen doch nichts fertig in der Fabrik." Solche und ähnliche Ausdrücke kann man nicht nur von den unorganisierten, sondern manchmal sogar von solchen Kollegen hören, die bereits der Organisation angehören. Mit derartigen gedankenlosen Ausdrücken beschwindeln sich die Arbeiter selbst. Würden sich dieselben, und das trifft besonders auch für manche unserer Mitglieder zu, das nötige Verständnis für die gewerkschaftliche Organisation zu verschaffen suchen, würden sie insbesondere das Fachorgan durchstudieren, dieselben kämen bald zu der Ueberzeugung, daß es kein Schwindel ist, sondern daß unser Verband schon vieles geleistet hat für die Arbeiterschaft und besonders jetzt wieder in manchen Kämpfen verwickelt ist, behufs Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Mitglieder. Sie würden dann auch Kenntnis davon erhalten, was mit den Verbandsgeldern geschieht, daß dieselben nicht dazu dienen, „einigen Kollegen ein schönes Leben zu bereiten", wie manchmal von gewissenlosen Kreaturen leichtsinniger Weise in die Welt hinausposaunt wird, sondern um den Mitgliedern ein erträgliches Los zu verschaffen. Ein Blick auf den momentanen Kampf in Schiefbahn allein könnte diese Leute eines bessern belehren.

„'s nutzt doch nichts!" Ja, ums Himmels willen, wer ist denn Schuld, wenn's nichts nutzt? Vielleicht die Organisation? Es gibt ja so Schlaumeier, die meinen, „die Organisation soll zuerst mal bessere Verhältnisse schaffen, dann kommen wir schon." Das ist ungefähr ebenso weise, wie wenn

Zeitbilder.

Großartige Fortschritte hat uns das verflossene Jahrhundert auf allen Gebieten gebracht; großartige Fortschritte haben wir noch tagtäglich zu verzeichnen. Ganz abgesehen davon, daß (laut zahlreicher Anerkennungsschreiben) das allerbeste auf dem Gebiete der Haarfärbung, der Wanzenvertilgung, der Seifenpulver und wer weiß auf welchen anderen Gebieten geboten wird, beginnt auch ein neuer schneidiger Geist unser wirtschaftliches Leben zu durchdringen. Als eine der großartigsten Erfindungen auf dem Gebiete der modernen Arbeiterfürsorge ist wohl die von Herrn Menk empfohlene Aussperrung nach dem ABC zu nennen. Wie uns von unglaubwürdiger Seite mitgeteilt wurde, soll Herr Menk sich seine Erfindung patentamtlich haben schützen lassen. Auch trägt sich Herr Menk, wie wir aus derselben Quelle erfahren, mit dem Plane, ein Buch herauszugeben über: „Neue Bahnen auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge."

Einem Gedanken möchten wir dazu Ausdruck geben: Wir leben im Zeitalter der Denkmal-Komitees. Dem Verdienste seine Krone! Würde es sich da nicht empfehlen, auch dem Herrn Menk ein Denkmal zu setzen? Doch wir wollen nicht vorgreifen. Vielleicht hat der „Zentralverband der Industriellen" diesen Plan bereits in ernstliche Erwägung gezogen.

Das Großartige des Menkschen Aussperrungsplanes liegt besonders in seiner Schneidigkeit. Wie schülerhaft schwerfällig war doch die bisherige Art der „staffelweisen" Aussperrung. Und dabei wurden noch die unverheirateten Arbeiter zuerst entlassen, verheiratete, besonders solche mit zahlreicher Familie, suchte man zu schonen, auch wohl solche, die mehrere Jahrzehnte treu und fleißig im Betriebe tätig waren. Das gänzlich „Unmoderne" derartiger Gefühlsduseleien zu entdecken, dies war dem genialen Geiste des Herrn Menk vorbehalten. Er war der rechte Mann, um mit „sentimentalen Anwandlungen" gründlich aufzuräumen. Wie wenig zweckentsprechend war aber auch die bisherige Art der Aussperrung. Wurden da die jungen Leute entlassen und — suchten sich an einem anderen Orte Beschäftigung. Infolgedessen kam es ihnen aber gar nicht recht zum Bewußtsein, welch ein frevelnisches Spiel sie mit ihrer Existenz getrieben hatten, indem sie die „Ordnung" im Betriebe unterwühlen wollten. Anders aber bei den verheirateten Arbeitern. Diese sind doch durch eine meist kinderreiche Familie am Orte gebunden, und ihnen ist daher viel leichter klar zu machen, welche Folgen ihre „Unzufriedenheit" nach sich zieht.

Wirklich, die Gerechtigkeit ist ein hervorstechender Zug an dem Vorschlage der ABC-Aussperrung. Trifft sie doch nach den eigenen Worten des Herrn Menk: alte und junge, tüchtige und untüchtige, verheiratete und unverheiratete Arbeiter. Auch können keine partikularistischen Bestrebungen gewisser Gegenden dabei aufkommen, weil eventl. die Arbeiter in ganz Deutschland ausgesperrt werden sollen. Es sind zwar Stimmen laut geworden, welche es als eine Ungerechtigkeit bezeichneten, daß nunmehr die Existenz der A- und B-Männer gewissermaßen an einem Faden zu hängen komme und daß doch auch solche Arbeiter von der Aussperrung betroffen würden, die sich nie von einem „Gewerkschaftshetzer" verführen ließen. Darauf ist aber zu erwidern, daß es doch die Schuld des Herrn Menk nicht ist, daß der Name vieler Leute mit A oder B beginnt. Wenige Tage nach Bekanntwerden des Menkschen Aussperrungsplanes stellte ein pfiffiger Unorganisierter namens Aboldis bei der Behörde den Antrag, seinen Namen in Zipfelmeier umzuwandeln. Er suchte seinen Antrag damit zu begründen, daß er eine zahlreiche Familie zu ernähren habe und im Falle einer Aussperrung, da er keiner Organisation angehöre, auch keine Unterstützung zu erwarten habe. Sein „Ordnungssinn" werde ihn wohl nicht vor dem Brotloswerden bewahren können, weil ja Herr Menk ausdrücklich hervorgehoben habe, daß diejenigen Arbeiter unschuldiger Weise von der Aussperrung betroffen würden, deren Namen mit dem ersten Buchstaben des Alphabets anfange. Darüber dürfe man aber keine sentimentalen Anwandlungen bekommen.

Sollte das Gesuch des betreffenden Arbeiters nicht berücksichtigt werden, dann will er sich in den Verband aufnehmen lassen. Dasselbe wäre aber auch den B-, C- usw. Männern dringend zu empfehlen, denn sonst könnten sie doch eines Tages in eine gar unerquickliche Lage kommen. Von der Organisation würden sie keinen Pfennig Unterstützung zu erwarten haben. Dazu haben die Verbandsmitglieder ihren „Kriegsfonds" nicht gesammelt, daß er von den „Hyänen des Schlachtfeldes" soll ausgebeutet werden. Obschon ja nach dem Vorschlage des Herrn Menk die Aussperrung mit dem ersten Buchstaben des Alphabetes beginnen soll, so haben aber auch die Träger der übrigen Buchstaben keine Veranlassung, nunmehr ihr „Schäfchen im Trocknen" zu wähnen. Es könnte den Arbeitgebern auch der Gedanke kommen, „in Erwägung der in Frage kommenden Umstände", das Alphabet in verkehrter Reihenfolge zu handhaben. Wollen die Arbeiter daher nicht eines schönen Tages mit ihrer Familie der Not und dem Elend anheimfallen, so werden sie die Aussperrungspläne des Herrn Menk durch geschlossenen Beitritt zur Organisation zu beantworten haben.

Wenig bekannt dürfte es weiteren Kreisen wohl noch sein, daß dem „Zentralverband deutscher Industrieller" das Wohlergehen der Arbeiterschaft ganz besonders warm am Herzen liegt. Wer darüber in etwa noch im Zweifel sein sollte, der lese das 100ste Heft der Berichte genannten Verbandes, da kann er es sich vom Herrn Generalsekretär Bueck selber sagen lassen:

Im Zentralverbande war eine aufrichtige, warme Fürsorge für die Arbeiter verkörpert. Das konnte wohl auch nicht anders sein bei Arbeitgebern, die den außerordentlichen Fortschritt der deutschen Industrie bewirkt und damit ein unrügliches Zeugnis für den hohen Stand ihrer Intelligenz, ihrer Kenntnisse und ihrer allgemeinen Bildung abgelegt hatten. Daher habe der Zentralverband freudig die großzügigen Pläne begrüßt, die der große Kaiser mit seinem treuen Berater, dem ersten Kanzler des deutschen Reiches, für die Hebung des Wohles der arbeitenden Klassen entworfen hatte.

Der Zentralverband habe in unablässiger, ernster, mühevoller Arbeit zu den wirkungsvollsten Befürwortern und Förderern jener Pläne, sowohl auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung, wie des Arbeiterschutzes gehört. Die Wahrheit dieser Behauptung aktenmäßig und unanzweifelbar zu erweisen, sei die Aufgabe, die sich der Geschäftsführer des Zentralverbandes für die beiden demnächst erscheinenden Bände seiner Geschichte des Zentralverbandes — den 2. und 3. Band — gestellt habe.

Herr Generalsekretär Bueck führt dann weiter aus, daß das, was der Kaiser und die verbündeten Regierungen zum Wohle der Arbeiter erstrebten und was die im Zentralverbande vereinigten Industriellen warmherzig stützten und förderten, der Sozialdemokratie und den ihr bewußt oder unbewußt nahestehenden bürgerlichen Sozialpolitikern nicht genügte. Die Aufrechterhaltung einer wirkungsvollen Agitation, besonders rücksichtlich der Wahlen, habe fortgesetzt eine Erweiterung der Forderungen verlangt, die unvereinbar nicht nur mit den Lebensbedingungen für die Industrie, sondern mit den allgemeinen Interessen war. Mit seinen Arbeiten für die Sozialpolitik des Kaisers, mit seinem ernsten Streben, die betreffenden Gesetze dem allgemeinen Interesse entsprechend auszugestalten, habe der Zentralverband den Kampf mit der Sozialdemokratie und ihren Helfern aufnehmen und unausgesetzt bis auf den heutigen Tag fortführen müssen. Er habe ihn auch führen müssen gegen die verbündeten Regierungen, als deren Widerstandskraft erlahmte und das Einlenken in die Bahnen der übereifrigen und agitatorischen Sozialpolitiker begann.

Im „allgemeinen Interesse" (soll wohl heißen im eigenen Interesse) hat der Zentralverband den Kampf gegen die „zuweit gehenden" Forderungen der Arbeiter führen müssen. Interessant ist, daß der Zentralverband auch den „verbündeten Regierungen den Krieg erklärt hat, als deren Widerstandskraft erlahmte und das Einlenken in die Bahnen der übereifrigen und agitatorischen Sozialpolitiker begann".

Also der „Zentralverband" war auch nach Kräften bestrebt, die Regierungen gegen Arbeiter und Sozialpolitiker scharf zu machen.

Christliche Sozialpolitiker fordern, daß auch im wirtschaftlichen Leben höhere Gesichtspunkte maßgebend sein müssen. Daß nicht die brutale Gewalt, sondern das christliche Sittengesetz als Norm für das Wirtschaftsleben zu gelten habe. Dieser Auffassung tritt neuerdings ein Herr Lynkeus in der „Deutschen Arbeitgeberzeitung" entgegen, indem er ausführt:

„daß die Handlungsweise eines einzelnen Menschen unmöglich zur Maxime für alle genommen werden kann. Denn was dem einen ziemt, steht dem andern bei weitem nicht an, was diesem sittlich und rechtlich erlaubt ist, muß notwendigerweise hundert andern versagt bleiben."

Wenn aber ein feststehendes Sittengesetz für das Wirtschaftsleben nicht anerkannt wird, so wird eben die Gewalt darüber zu entscheiden haben, in welchem Verhältnisse der Arbeiter zum Arbeitgeber zu stehen hat. Unter solchen Umständen ist das Verhalten mancher Arbeitgeber leicht erklärlich. Wohin aber würde es führen, wenn ein derartiger Standpunkt im Wirtschaftsleben verallgemeinert würde? Kampf aller gegen alle würde das Losungswort im wirtschaftlichen Leben lauten, wollte man eine sittliche Norm für dasselbe leugnen. Soweit sind wir nun Gott sei dank noch nicht und werden hoffentlich auch nicht soweit kommen. Noch sind diejenigen Elemente im Volke, welche eine friedliche Entwickelung unseres Wirtschaftslebens als die einzig richtige Lösung betrachten, stark genug, den Strom der Entwickelung in ein ruhiges Bett zu leiten.

der Bauer sagen würde: Jetzt, Erde, bring zuerst mal Früchte hervor, damit ich sehe, daß du etwas leisten kannst, dann will ich dich pflügen und bebauen. Nein, wenn's etwas nutzen soll, dann müssen die Arbeiter zuerst mal der Organisation beitreten, hier mitarbeiten, sich schulen und eine rege Agitation entfalten, dann wird's auch hier genau so wie anderorts gelingen, nach und nach mit den bestehenden Mißständen aufzuräumen. In dieser Hinsicht möchten wir auch noch ein Wort an unsere Mitglieder richten. Oft wird geklagt, es gehe nicht vorwärts, und mit hoffnungsloser Miene heißt's dann weiter: „Hier ist überhaupt nichts zu machen." Geht man aber der Sache auf den Grund, so wird man bald heraushaben, daß eben die Mitglieder selbst schuld sind, wenn's nicht vorwärts geht. Glaubt man vielleicht, Unorganisierte zum Beitritt bewegen zu können, wenn man selbst verzweifelt? Oder, wenn die Mitglieder nicht im geringsten agitatorisch tätig sind, wenn sie die Versammlungen schwänzen, sich vom gewerkschaftlichen Leben äußerlich überhaupt fern halten? Soll das vielleicht ermutigend auf die Unorganisierten einwirken, der Organisation beizutreten? Gerade das Gegenteil wird der Fall sein, und darum haben es sich unsere Mitglieder in vielen Fällen selbst zuzuschreiben, wenn's nicht vorwärts geht.

Kommt dazu noch leichtfertige Handhabung der Ortsgruppenleitung, Vernachlässigung des Markenklebens, ja dann müßte es ja geradezu mit Wundern zugehen, wenn unter solchen Umständen eine Ortsgruppe in die Höhe käme. Soll letzteres geschehen, so muß stets ein flotter Zug in der Ortsgruppe sein. Die Mitglieder müssen begeistert und kampfesfreudig für die gute Sache eintreten, nur dann kann's und wird's vorwärts gehen. Wie groß sind oft nicht die Schwierigkeiten, die die Mitglieder selbst dem Vorstand bereiten? Keiner will das Amt eines Vertrauensmannes annehmen; keiner irgend welchen Posten bekleiden, der einigermaßen Arbeit verursacht. Die ganze Arbeit lastet oft auf zwei Schultern. Und daß es diesen Kollegen schließlich auch zu bunt wird, kann man sich leicht begreifen. Gerade jene Kollegen, die infolge ihrer günstigen Familienverhältnisse und ihrer materiellen Lage am besten mitwirken könnten, sind manchmal die größten Drückeberger. Möchten es doch unsere Mitglieder sich angelegen sein lassen, etwas mehr persönliche und auch materielle Opferwilligkeit an den Tag zu legen. Jeder sollte bereit sein, seine Person in den Dienst der guten Sache zu stellen. Treten wir hoffnungsfreudig und kampfesmutig für die weitere Ausbreitung unserer Organisation ein, dann wird auch bald der Ausspruch schwinden, es nutzt nichts, es geht doch nicht vorwärts usw. Lassen wir uns insbesondere nicht durch die Hetzarbeit unserer Gegner oder durch sonstige Differenzen, die ja nirgends ausbleiben, von der Organisation abwendig machen. Bedenken wir ruhig stets das eine: Nicht nur für den Moment arbeiten wir, sondern für die ganze Zukunft. Der Dichter Geibel sagt so schön:

„Was uns not ist, uns zum Heil,
Ward gegründet von den Vätern,
Aber das ist unser Teil,
Daß wir gründen für die Spätern."

Neues aus M.-Gladbach.

Der „Vorwärts", Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, läßt sich aus M.-Gladbach „Neuigkeiten" berichten, die geeignet sind, zur Erheiterung, besonders unserer Gladbacher Kollegen, beizutragen. Er schreibt:

„In M.-Gladbach gehen momentan die Wogen der Textilarbeiter-Bewegung sehr hoch; kaum ist ein Streik beendet, bricht der andere aus. Zumeist sind diese Lohnbewegungen von Erfolg begleitet, ist doch jetzt die Konjunktur dort im Bezirk ziemlich gut. Daß die Streiks, besonders wenn sie erfolgreich sind, eine gute Wirkung auf die gewerkschaftlichen Organisationen ausüben, ist bekannt, und nimmt der deutsche Textilarbeiter-Verband in M.-Gladbach und in der Umgegend fortwährend an Mitgliedern zu. Eine entgegengesetzte Wirkung üben die Streiks auf die christlichen Organisationen, die dort ziemlich stark sind; diese nehmen nicht zu, sondern es gehen ihnen Mitglieder verloren, die in die freien Gewerkschaften übertreten. Die Ursache ist folgende: Eine Anzahl der Gladbacher Textilfabrikanten gehören dem Zentrum an, führen sogar eine führende Rolle in dieser Partei. Diesen ihren Parteigenossen treten die christlichen Gewerkschaftsführer bei den Streiks nicht mit der nötigen Verve entgegen und ist durch ihr Bremsen schon hin und wieder eine Lohnbewegung weniger erfolgreich gewesen oder direkt verloren gegangen.

Daß der deutsche Textilarbeiter-Verband diese Situation ausnützt, ist erklärlich, doch den christlichen Gewerkschaftsführern sehr unangenehm. Um die Fahnenflucht der Mitglieder zu verhüten, schwenken sie den roten Lappen; sie wollen den katholischen Arbeitern plausibel machen, daß sie der sozialdemokratischen Partei beitreten, wenn sie die Mitgliedschaft in den freien Gewerkschaften erwerben. Besonders ist in dieser Beziehung der Vorsitzende des Zentralvorstandes der christlichen Gewerkschaften, M. Schiffer, und der bekannte katholische Arbeitersekretär Giesberts-M.-Gladbach tätig. Die „Beweise" für ihre Behauptungen muß ihnen der Gewerkschaftskongreß in Köln liefern, dem sie als Gäste beiwohnten.

In echt christlicher Weise „berichten" sie über den Kongreß, die Resolution, die sie in den Versammlungen empfehlen, besagt genug. Dieselbe lautet in ihrem entscheidenden Teil folgendermaßen:

„Die heutige Versammlung stimmt mit den beiden Referenten überein, daß die sogenannten deutschen oder freien Gewerkschaften mit kalter Berechnung sowohl die Metropole des Rheinlandes, Köln, als Tagungsort gewählt, als auch die Angriffe und Verleumdungen gegen die christlichen Gewerkschaften erhoben, ferner sich auch offen und feierlich durch den Vorsitzenden Bömelburg als Teil der sozialdemokratischen Partei erklärt haben. Man hielt die Zeit für gekommen und suchte eine Gelegenheit, um die nicht mehr zu ignorierende und speziell in Rheinland-Westfalen mächtig emporstrebende christliche Bewegung herabzuwürdigen, ihr den Fuß auf den Nacken zu setzen, ihre Mitglieder als dumm und rückständig hinzustellen und ihre heiligsten Ueberzeugungen zu beschimpfen."

Das sind die Mittel, die die christlichen Gewerkschaftsführer anwenden, um ihre Mitglieder vor den freien Gewerkschaften gruselig zu machen. Wir bezweifeln, daß diese Mittel stark genug sind, um die katholischen Mitglieder bei der Stange zu halten, die Unternehmerfreundlichkeit der christlichen Führer ist doch zu offenkundig."

Derartige Behauptungen entspringen wohl dem Bestreben, sich über die eigene Bedeutungslosigkeit hinwegzutäuschen. Welch „bedeutenden wirtschaftlichen Faktor" die „freien" Gewerkschaften im Gladbacher Bezirk darstellen, geht wohl aus folgenden Zahlen hervor: Der deutsche Textilarbeiterverband hatte laut Abrechnung vom 1. Januar 1905 in Gladbach und Rheydt zusammen 409 Mitglieder. Der christliche Textilarbeiterverband dagegen am 1. April 1905 einen Bestand von 4200 Mitgliedern. Dabei ist zu bemerken, daß unser Mitgliederbestand diese Höhe noch nie zuvor gehabt hat.

Angesichts dieser Tatsachen erscheint es doch geradezu lächerlich, wenn der „Vorwärts" sich berichten läßt: „Diese (die Christlichen) nehmen nicht zu, sondern es gehen ihnen Mitglieder verloren, die in die freien Gewerkschaften übertreten."

Die sommerliche Hitze brütet doch recht sonderbare Enten aus. Der „Vorwärts", in dessen Phantasie Kaiserschlösser entstehen, die in der Luft hängen, verrät hier mal wieder, was er und seine Gefolgschaft aus der Tiefe des Herzens für M.-Gladbach herbeiwünschen. Man hat schon zum so und sovielten Male den verhaßten Christlichen das Grablied gesungen und immer sind dieselben in der Mitgliederzahl gestiegen. Andererseits ist ebenso oft der „Fortschritt" der freien Gewerkschaften mit großem Tamtam verkündet worden. Diese Fortschritte sind aber derartig, daß die freie Gewerkschaft hier kaum merklich in die Erscheinung tritt. Daß es dem „Vorwärts" nicht gefällt, wenn die Christlichen die Vorkommnisse auf dem Kölner Kongreß, die mit herzerfrischender Deutlichkeit gezeigt haben, wohin die Reise geht, sich zu Nutzen machen, glauben wir ihm schon gern. Wir werden schon Sorge tragen, daß immer und überall die christlichen Arbeiter darüber zum Nachdenken gebracht werden, wohin die „freien" Gewerkschaften streben. Die Aussprüche Legien's und Bömelburg's auf dem Kölner Kongreß werden noch oft festgenagelt werden und auch ihre Wirkung nicht verfehlen. Wenn schon aus den Reihen der Genossen Klagen geführt wurden, daß Legien dem Gegner durch seine Ausführungen Waffen geschmiedet hätte, so können wir das heiße Bestreben der sozialdemokratischen Presse verstehen, diese Waffen durch in die Welt gesetzte Unwahrheiten stumpf zu machen. Legien hält an seinen Aussprüchen fest, wie er auf der Generalversammlung des alten Bergarbeiterverbandes ausdrücklich betonte. Was Legien hier vom Ruhrgebiet sagte, konnte er ruhig auch für andere Orte gelten lassen. Es trifft eben das Wort Bömelburgs zu: „Zwei unüberbrückbare Weltanschauungen trennen uns."

Folgen der großen Hitze.

Die übermäßig große Hitze der letzten Tage brachte nicht nur für „Mensch und Tier" große Plage; sie scheint auch das Denkvermögen des „Armen Teufel" gänzlich zerrüttet zu haben. Wir haben mit dem armen Teufel keineswegs den Höllenfürsten im Auge, denn der spottet ja Reaumur's Wärmeberechnung, sondern den „Armen Teufel", sozialdemokratisches Organ für die Oberlausitz. Derselbe schreibt nämlich folgendes:

„Zittau. In der „Sächsischen Zeitung", dem Organ des Zentrums, lesen wir:

„Zittau. Es kommt immer mehr in christlich und national gesinnten Arbeiterkreisen die Erkenntnis zum Durchbruch, daß die wirtschaftliche Lage des Arbeiters nur durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß gebessert werden kann. Es hat sich daher hier bereits eine Zahlstelle des „christlichen Holzarbeiterverbandes" gebildet. Auch für die Textilbranche dürften bald Zahlstellen für den „christlichen Textilarbeiterverband" ins Leben treten nicht nur für Zittau, sondern auch in der weiteren Umgegend."

Es ist ja sehr erfreulich, daß das Organ für römische Finsternis die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter betont. Aber das Vorgehen der Schwarzen zeigt doch, daß es ihnen nur darum zu tun ist, ihre Schäfchen von der gewerkschaftlichen Organisation fernzuhalten, indem sie dieselben Organisationen zuführen wollen, die zur Nasführung der Arbeiter geschaffen werden! Denn daß der „christliche", d. h. katholische Textilarbeiterverein einmal energisch seinem Förderer — dem Herrn Freiherrn v. Lehrer — zu Leibe gehen würde, damit dieser höhere Löhne zahlt, wird kein Mensch zu behaupten wagen.

Denn gerade die Tatsache, daß sich die Arbeiter der Schmidtschen Spinnerei dem Textilarbeiterverbande bereits angeschlossen haben, um ihre Lage dadurch zu verbessern, veranlaßt die Zittauer Finsterlinge, nun ihrem Herrn und Geldgeber, dem frommen Herrn v. Lehrer beizuspringen und „seine" Arbeiter einer Organisation zuzuführen, die keine Forderungen an fromme, katholische Unternehmer stellt! Solange sich die Arbeiter in der Schmidtschen Spinnerei — auf diese allein spekulieren die Finsterlinge! — nicht der Gewerkschaft angeschlossen hatten und auch nicht mit Forderungen an den Unternehmer herangingen, solange hat sich der „christliche" Textilarbeiterverband nicht gerührt! Nun aber scheint Herr v. Lehrer die Hilfe dieses „christlichen" Verbandes angerufen zu haben, damit er die Schäfchen unter seine Obhut nehme! Wir sind aber überzeugt, daß auch die katholischen Textilarbeiter — es handelt sich dabei fast durchweg um Oesterreicher — bereits so aufgeklärt sind, daß sie nicht mehr in die Falle gehen, die man ihnen stellen will. Was die zwei oder drei Mitglieder des „christlichen Holzarbeiterverbandes" in ihrem Kaplansvereinchen machen wollen, ist uns ein Rätsel. Denn daß dieser Verein auch nur einen kleinen Bruchteil der Zittauer Holzarbeiter in sich aufnehmen werde, ist ausgeschlossen.

Und nicht viel anders wird es dem „christlichen Textilarbeiterverband" ergehen. Jedenfalls werden die Gewerkschaften in Zittau auf dem Damme sein, um der Zerstörungsarbeit der Kapläne einen Riegel vorzuschieben."

Zunächst einiges zur Beruhigung des „armen Teufels". Daß er aus dem Häuschen gerät, wenn er von einem „Kaplan" hört, liegt ja in der Natur der Sache. Aber nur kaltes Blut, es hat wirklich kein Kaplan bei der Gründung und Leitung unserer Ortsgruppen die Hand im Spiele. Der christliche Textilarbeiterverband hat in der dortigen Gegend (Sachsen-Thüringen) bereits über 500 Mitglieder. Dieselben sind fast ausschließlich evangelischer Konfession und verstehen die Verbandsgeschäfte ganz gut ohne „Kaplan" zu führen. Auch darüber mag der „arme Teufel" beruhigt sein, daß unser evangelischer Verbandssekretär für den dortigen Bezirk, Kollege Ernst Rümmele, bei der Vertretung der Arbeiterinteressen sich den Kuckuck um „fromme katholische Unternehmer" kümmern wird.

Die Anregung zur Gründung der Ortsgruppe unseres Verbandes ging weder von der Leitung noch von Arbeitern der genannten Firma aus, sondern von Arbeitern, welche anderwärts beschäftigt sind. Daß es dem „armen Teufel" nur darum zu tun ist, unsern Verband zu verdächtigen, beweist schon der Umstand, daß er in Ermangelung von Beweisen schreibt:

„Nun aber scheint Herr von Lehrer usw." Den Vogel schießt der „arme Teufel" zweifelsohne ab, indem er vom „christlichen", d. h. „katholischen Textilarbeiterverein" spricht.

Verwechselt der „arme Teufel" da die christlichen Gewerkschaften mit den katholischen Fachabteilungen der Berliner Richtung und stellt sich damit selber das Zeugnis aus, daß er nicht nur ein armer, sondern auch ein dummer Teufel ist.

Wir empfehlen dem „armen Teufel" 1) kalte Umschläge und 2) folgenden Spruch ins Stammbuch:

Hätt ich armer, dummer Teufel
Erst die Sach' mir angesehn,
Braucht ich sicher, ohne Zweifel
Nicht blamoren dazustehn.

Gewerkschaftliche und soziale Rundschau.

Zur Invalidenversicherung.

Die Versicherungsanstalten haben bekanntlich das Recht, einem erkrankten Versicherten, dessen Invalidität noch durch ein geeignetes Heilverfahren vermieden werden kann, ein solches zu gewähren. Derselbe kommt dann in der Regel in eine sog. Heilstätte, ein Bad oder in ein Kurhaus. In einem solchen Falle gehen die etwaigen Ansprüche des Versicherten an die Krankenkasse auf die Versicherungs-Anstalt über, dieselbe zieht also auch das Krankengeld ein. Falls der Erkrankte Angehörige — auch Eltern, Großeltern, Geschwister — hat, deren Unterhalt bisher ganz überwiegend von ihm bestritten worden ist, so muß die Versicherungs-Anstalt diesen Angehörigen eine Unterstützung zahlen, auch wenn er einer Krankenkasse nicht angehört, das halbe Krankengeld, sonst ein Viertel des ortsüblichen Tagelohnes. Die Versicherungs-Anstalten dürfen aber über diese Mindestsätze hinausgehen und je nach Bedürftigkeit und den Familienverhältnissen des Versicherten die Unterstützung wesentlich erhöhen. Für den Bezirk der Landesversicherungsanstalt „Rheinprovinz" sind nach dieser Richtung folgende Grundsätze aufgestellt: 75 Prozent des Krankengeldes bezw. vier Zehntel des ortsüblichen Tagelohnes werden gewährt, wenn nur eine zu unterstützende Person vorhanden ist, der Versicherte aber bereits über 13 Wochen erwerbsunfähig war, ehe das Heilverfahren eingeleitet wurde, oder, wenn große Bedürftigkeit vorliegt, insbesondere die für die Kur erforderlichen Kleider nicht beschafft werden können, oder, wenn noch eine weitere verdienstunfähige Person in der Familie vorhanden ist; — das ganze Krankengeld, bezw. die Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes wird bezahlt, wenn bis zu drei verdienstunfähige Personen zu unterhalten sind; — der 1½fache Betrag des Krankengeldes bezw. ¾ des ortsüblichen Tagelohnes soll dann bewilligt werden, wenn mehr als drei Erwerbsunfähige zu unterhalten sind. Gleiche oder ähnliche Grundsätze werden wohl die meisten Versicherungsanstalten aufgestellt haben. In der Regel wird aber die erhöhte Unterstützung nur auf Antrag gewährt, weshalb kein Versicherter, der in die Lage kommt, ein Heilverfahren beantragen zu müssen, es verabsäumen soll, die Vergünstigungen für sich in Anspruch zu nehmen.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Brand.

Das hiesige Ortskartell der christlichen Gewerkschaften hielt am 13. Juni eine sehr zahlreich besuchte öffentliche Volksversammlung ab, um Aufklärung zu geben über die Ursache und den Stand der Lohnbewegung bei der Firma Lupke u. Co., Lumpensortier-Anstalt, sowie Protest einzulegen gegen die einseitige Stellungnahme der hiesigen Gemeindebehörde in dieser Lohnbewegung. Der Vorsitzende des Kartells teilte mit, daß weder der Herr Bürgermeister Jennessen noch Herr Lupke der schriftlichen Einladung Folge geleistet hätten. Nach dem darauf gegebenen Bericht über die Entstehung der Lohnbewegung hatte die Firma die ohnehin niedrigen Löhne noch bedeutend reduziert. Diese Reduzierungen hatten das einzige Gute, daß die Arbeiterinnen der Organisation beitraten. Kurze Zeit hernach griff der Verband ein, um auf friedlichem Wege den Firmeninhaber zu bewegen, wenigstens die früheren Lohnsätze zu bewilligen. Herr Lupke erklärte jedoch kurz und bündig, die Löhne wären vollständig hoch genug. Als alle Vorstellungen des Bezirksvorsitzenden nichts fruchteten, letzterer obendrein noch zum Hetzer und Aufwiegeler gestempelt wurde, erfolgte mit Genehmigung des Verbandsvorstandes die Kündigung. Eine kleine Anzahl Arbeiterinnen ließ sich jedoch einschüchtern und zog die Kündigung zurück. Nach Ablauf der Kündigungsfrist traten die Arbeiterinnen in den Ausstand, da die Firma alle Verhandlungen nach wie vor ablehnte. Die Situation ist nun die, daß von 24—26 Arbeiterinnen noch sechs beschäftigt sind, einschließlich der Sortiererinnen, welche in Wochenlohn stehen.

Herr Uttermann hatte auf Veranlassung des Kartells in der kürzlich stattgefundenen Gemeinderatssitzung den Herrn Bürgermeister interpelliert wegen seines einseitigen Verhaltens in der fraglichen Lohnbewegung. In einer der letzten Nummern des „Volksfreunds" brachte die Firma ein vom Herrn Bürgermeister beglaubigtes Lohnzeugnis, und darum fragte Herr Uttermann an, ob dasselbe seitens des Herrn Bürgermeisters für die breite Oeffentlichkeit bestimmt gewesen sei. Der Herr Bürgermeister bejahte dies. Besonders scharf protestierte Herr Uttermann im Namen der Arbeiterschaft gegen das Aufmarschieren der bewaffneten Macht ohne jede Ursache. Kollege Klüttgen sprach über die Berechtigung der Lohnbewegung. An der Hand eines Lohnauszuges von sechszehn Arbeiterinnen legte er klar, daß ein Lohn von 1,73 Mark, wie er von der Firma laut amtlicher Angabe des Herrn Bürgermeisters angegeben wurde, absolut nicht herauszurechnen wäre. Nach Aufstellung der Lohnbezüge der 16 Arbeiterinnen ist höchstenfalls ein Durchschnittslohn von 1,55 Mark herauszufinden; 11 dieser Arbeiterinnen haben Löhne von 5—10 Mark, 5 Arbeiterinnen von 10—12 Mark zu verzeichnen. Jedenfalls hätte es auch nicht die Ehre der Firma gerettet, daß sie einen durchschnittlichen Tagesverdienst von 1,73 Mark, dazu noch unter amtlicher Beglaubigung des Herrn Bürgermeisters, öffentlich kundgegeben habe. Die Arbeit des Lumpensortierens sei durch die nicht geringe Staubentwickelung als eine sehr gesundheitsschädliche zu bezeichnen, was bei Bemessung der Lohnhöhe gewiß zu berücksichtigen sei. Auf ein von der Firma in ihrem Betriebe angeschlagenes Schriftstück ging Redner des nähern ein, da die Firma den Verband der Hetzerei und der Irreführung der Arbeiterinnen beschuldigt, und hob besonders hervor, daß die christlichen Gewerkschaften nicht dem Klassenkampf und der Hetzerei huldigten, was sie aber verlangten, sei eine Mitwirkung der Arbeiter bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Herr Pellender sprach über die rechtliche Seite des Ausstandes und die Stellung der Gemeindebehörde. In gewissen Zeitungen werden für Industrieniederlassungen oft Landangebote gemacht mit dem Hinweis auf billige Arbeitskräfte. Gegen solche Angebote ist an und für sich nichts einzuwenden, aber entschieden zu verurteilen wäre es, wenn industrielle Anlagen nur aufs Land verlegt würden, um einen willigen und billigen Arbeiterstand zu erhalten. Von diesem Standpunkte scheine auch die Firma Lupke und Co. auszugehen, denn aus den Worten des Vorredners gehe deutlich hervor, daß die bei denselben verdienten Löhne der Arbeiterinnen sehr niedrig seien und hinter den Durchschnittslöhnen der Arbeiterinnen überhaupt zurückstehen. Auch die hiesige Gemeinde habe bei der überwiegenden Arbeiterbevölkerung ein Interesse daran, daß die Löhne so bemessen sind, um einen steuerkräftigen Arbeiterstand heranzubilden. In dieser Hinsicht sei auch die Haltung der hiesigen Gemeindebehörde nicht zu verstehen, die doch bei solchen Gelegenheiten Klugheit und Neutralität beobachten müsse. Ein Sprichwort sage: Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, willst Du sie verstehn, so mußt Du hören alle beede. Wenn man hier in Sachen der Lohnfrage den Arbeitgeber angehört hat, so hätte man billiger Weise auch den Arbeiter hören müssen. Eine einseitige Parteinahme der Behörde verursacht eine große Erbitterung in den Arbeiterkreisen. Es ist darin auch ein Druck auf die Arbeiter enthalten. Was wir unter allen Umständen verlangen können und verlangen müssen, das ist Gerechtigkeit. Lebhafter Beifall folgte den Ausführungen.

Kollege Arnold Hamacher berichtete über die Erfolge der Lohnbewegung in Euskirchen. Dort sei gerade das Gegenteil der Fall gewesen, indem die Behörde in unparteiischer Weise den Frieden vermittelt habe. Redner ermunterte die Arbeiterinnen, für ihre gerechte Sache treu auszuhalten.

Hierauf wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden folgende Resolution verlesen und einstimmig angenommen:

„Die heute im Lokale der Witwe Quadflieg tagende, von ca. 600 Bürgern und Arbeitern besuchte öffentliche Versammlung verurteilt entschieden den in der jetzigen Lohnbewegung zutage getretenen Herrenstandpunkt der Firma Lupke u. Co. sowie die einseitige Stellungnahme der hiesigen Gemeindebehörde. Die Versammlung verspricht den Streikenden materielle und moralische Unterstützung."

Nachdem noch die beiden Referenten Klüttgen und Pellender über die christlichen Gewerkschaften im allgemeinen gesprochen und die ausständigen Arbeiterinnen zur Besonnenheit und ruhigem Verhalten ermahnt, wurde die Versammlung geschlossen.

Coesfeld.

Durch friedliche Verständigung zwischen der Firma „Vereinigte Buntwebereien" und ihren Arbeitern sind für die Arbeiter namhafte Verbesserungen erzielt worden. Diesen Erfolg haben die Arbeiter ihrem einigen Zusammenhalten in der Organisation zu verdanken. Es sind zwar nicht alle Forderungen der Arbeiter bewilligt, doch wissen die Arbeiter das Errungene wohl zu schätzen. Zwar zeigten sich auch bei

dieser Bewegung einige „Alles- oder Nichts-Politiker", doch war deren Geschrei für die Maßnahmen der ruhigen Mitglieder des christlichen und des „deutschen" Verbandes ohne Wirkung.

Greven.

Nachdem sich die Wogen der letzten Lohnbewegung hierorts wieder geglättet haben, betrachtet es die Leitung der christlichen Gewerkschaften als ihre Hauptaufgabe, die gewerkschaftliche Idee bei den Arbeitern zu vertiefen und die Arbeiter für die hohen Ideale der christlichen Gewerkschaften immer mehr zu begeistern. Diesem Zwecke sollte auch unsere öffentliche Kartellversammlung am 22. Juni dienen. Diesen Erwartungen hat die Versammlung auch voll und ganz entsprochen. Kollege Röhling aus Düsseldorf sprach in ¾stündigem Vortrage über Wesen und Ziele der christlichen Gewerkschaften. Von der Entwickelung der Industrie ausgehend, schilderte er den Werdegang der gewerkschaftlichen Bewegung, die Konzentration des Kapitals und den Zusammenschluß der Unternehmer. Man stehe heute vor der vollendeten Gewerkschaft, die aber stetig steigende Aufgaben zu erfüllen habe, ihr entsprechend hätten die Beiträge erhöht werden müssen. Die Pläne der Scharfmacher erzwängen unbedingt einen besseren Zusammenschluß. Große Aussperrungen träten in Erscheinung. Die christliche Gewerkschaft leiste praktische Gegenwartsarbeit, sie könne und werde niemals an den Klassenkampf der „Freien" denken. Da sich niemand zur Diskussion meldete und die Zeit schon ziemlich vorgerückt war, schloß der Vorsitzende, Kollege Wallmeier, nach einem kurzen Schlußworte die Versammlung.

Oedt.

Recht eigentümlich gestalten sich hierorts die Verhältnisse. In der Fabrik von Girmes u. Co. wurde bekannt gegeben, daß die Arbeitszeit zehn Tage lang um eine Stunde verlängert würde, um den Zeitverlust durch Kirmesdienstag (wo hier nicht gearbeitet wird), wieder einzuholen. Die Arbeiter erblickten aber darin das Bestreben, die Arbeitszeit in den Sommermonaten wieder auf 11 Stunden festzusetzen. Diese Annahme wurde auch wider Erwarten schnell bestätigt. In der vergangenen Woche wurde nämlich plötzlich eine Bekanntmachung angeschlagen: „Es wird bis auf weiteres bis 8 Uhr abends gearbeitet."

Die in Grefrath und Lobberich wohnenden Arbeiter (etwa 100) haben sich damit aber nicht zufrieden gegeben und es auch durchgesetzt, daß sie um 7 Uhr abends die Fabrik verlassen können.

Mitteilungen aus dem Verbandsgebiete.

Aachen. Wir bringen hiermit unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß wir unsere Geschäftsstelle im Hause **Franzstraße 2** eingerichtet haben. Die Ausgabe der Zeitungen findet Freitags abends nach 7 Uhr statt, Krankengeld wird ebenfalls Freitags, jedoch erst **nach 8 Uhr,** ausbezahlt. Den Mitgliedern ist auch Gelegenheit geboten, in den oben bezeichneten Stunden Wünsche und Beschwerden beim Vorstande anzubringen. Durch die Zusammenlegung der beiden Ortsgruppen ist unsere Bibliothek bedeutend erweitert, wir haben jetzt mehr als 200 Bücher. Es wäre dringend zu wünschen, daß von dieser Einrichtung mehr Gebrauch gemacht würde; wir haben wertvolles und lehrreiches Material zur Verfügung. Unsere Ortsgruppe zählt jetzt mehr als 1300 Mitglieder; in den letzten 4 Wochen haben wir — trotz Beitragserhöhung — ungefähr 150 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Hoffentlich werden wir in den nächsten Wochen durch die jetzt entfaltete Agitation noch große Erfolge haben. Es wird wohl Jeder einsehen, daß die Verwaltung einer so großen Ortsgruppe viele Arbeit erfordert, und darum bitten wir alle, den Vorstand in allen seinen Arbeiten nach Kräften zu unterstützen. Es ist unbedingt notwendig, daß sich mehr Kollegen zur Uebernahme eines Sammlerpostens bereit erklären. Durch die Neuaufnahmen werden die einzelnen Reviere zu groß, sodaß ein einzelner dieselben nicht mehr pünktlich bedienen kann. Hier müßte unbedingt Abhülfe geschaffen werden, andernfalls wir Gefahr laufen, wieder Mitglieder zu verlieren. Wir bitten nun um allseitige Unterstützung. Arbeiten wir so gemeinsam an der Ausbreitung unseres Verbandes, so werden die Erfolge um so größer sein.

Aachen. Der „Textilarbeiter" bringt in Nr. 24 vom 16. Juni einen Belegschaftsbericht der Firmen Nickel u. Müller und Hoeber, welcher wieder so entstellt ist, daß er einer Richtigstellung bedarf. Die fragliche Versammlung war von der Ortsgruppe Aachen I einberufen, um unsere Mitglieder von der Notwendigkeit der Beitragserhöhung zu überzeugen, um neue Mitglieder zu werben und sie über die heutige Situation aufzuklären. Um solche Versammlungen abzuhalten, bedürfen wir der Mithülfe der „Deutschen" nicht, denn die Erfahrung hat gelehrt, daß bei solchen Versammlungen, wo beide Organisationen vertreten sind, sowohl für die „Deutschen" wie auch für unsere Organisation nichts herauskommt, weil solche Versammlungen durch das Vorgehen der „Deutschen" stürmisch und zwecklos verlaufen. Wir haben nichts dagegen einzuwenden, wenn der „deutsche" Verband solche Besprechungen für sich einberuft, und hat er unsererseits keine Belästigung zu erwarten. Daß Kollege Gerjenich den Antrag des Mitgliedes des „deutschen" Verbandes energisch unterstützt hat, ist eine direkte Unwahrheit, im Gegenteil hat Kollege Gerjenich das Vorgehen des Kollegen Koch gebilligt. Es heißt nun weiter: „Letztere (die Vertreter des deutschen Verbandes) verließen nun mit unsern Mitgliedern sowie auch verschiedenen Christlichen das Lokal." In Wahrheit hat nur ein Christlicher das Lokal mit den „Deutschen" verlassen, welcher nach näherer Information auch besser zu den „Deutschen" (sogenannten „Freien") paßte, als zu den Christlichen. Daß man nachträglich über die „Roten" hergefallen ist und geschimpft hat, ist wiederum unwahr. Man hat nur zu den vorgenannten Punkten gesprochen. Nach dem in dem Artikel Letztangeführten könnte der Fernstehende zu der Ansicht kommen, daß eine Verbesserung der hiesigen Verhältnisse für die Arbeiter ohne den „deutschen" Verband unmöglich sei und daß dasjenige, was hier erzielt worden ist, dem Verdienste der „Deutschen" anzurechnen wäre. Das einzige Ruhmeszeichen, welches der „Deutsche" an seine Fahne heften kann, ist der frühere Führer Reiß „seligen Angedenkens" der den von den „Deutschen" so schwer bekämpften Minimaltarif in einer Lohnweberei durchgedrückt hat. Bei der Bewegung bei der Firma Arnolds u. Schüll versagte ihr Können, und sie überließen es den Christlichen, den Karren, den sie in den Dreck gefahren, herauszuziehen. Hierbei wurde von den Christlichen ein günstiger Tarif ohne Streik erzielt. Hoffentlich genügt dieses, den Wert solcher Berichte und die Wahrheitsliebe des Artikelschreibers zu kennzeichnen.

Bocholt. Unsere Arbeiterinnenversammlung am 22. Juni war nur mäßig besucht. Nach einer Eröffnungsansprache des Vorsitzenden hielt Kollege Lensing einen Vortrag über das Thema: „Bildung und Arbeiterstand". Nachdem der Redner den Begriff des Wortes „Bildung" genauer definiert und gezeigt hatte, daß wahre Bildung nur in einer glücklichen Mischung von Verstandes- und Herzensbildung bestehen könne, ging er dazu über, die Bedeutung einer größeren Bildung den Anwesenden vor Augen zu führen. Gerade die Arbeiterin in ihrem späteren Beruf als Hausfrau und Mutter wird, wenn sie sich eine entsprechende innere und äußere Bildung angeeignet hat, sehr segensreich wirken können. Zum Schlusse wies der Referent darauf hin, wie sich die Organisation bemühe durch belehrende Fachzeitungsartikel, Unterrichtskurse, Versammlungen, Bibliotheken usw. die Bildung ihrer Mitglieder zu heben. Eine Diskussion über das beifällig aufgenommene Referat wurde nicht beliebt. Nachdem Kollege Schmitz den Anwesenden noch die Notwendigkeit der bevorstehenden Beitragserhöhung klar gelegt hatte, wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Borghorst. In unserer gut besuchten Mitgliederversammlung wurde vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Franz Stegemann durch Erheben von den Sitzen geehrt. Darauf wurden einige interne Ortsgruppenangelegenheiten erledigt. Der Schriftführer gab dann das Resultat der statistischen Erhebungen bekannt, gleicherzeit den Zweck und die Bedeutung solcher Erhebungen beleuchtend und zu noch besserer Beteiligung hieran auffordernd. Den Grevener Streik besprach der Vorsitzende. Er betonte, daß bei einem Streik auf alle Art versucht würde, die Arbeiter uneinig zu machen. Da dürften sich die Arbeiter nicht ins Bockshorn jagen lassen, sondern müßten mit Vertrauen und Ruhe den Anordnungen der Führer folgen. Nach einer kurzen Diskussion schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Aufforderung, sich eifrig an der Sammlung für die Kämpfer in Schiefbahn zu beteiligen.

NB. Unsere Abrechnung findet am 2. Juli, 11 Uhr statt. Die alten Mitgliedsbücher müssen sodann richtig und vollständig geklebt, abgegeben werden.

St. Tönis. Unsere öffentliche Versammlung am 22. Juni war sehr gut besucht. Der erste Punkt der Tagesordnung lautete: Der Streik in Schiefbahn. Hierzu hatte Kollege Drenker das Referat übernommen. Redner kritisierte besonders das bei der Firma Deuß u. Oetker übliche Meternullen, das Lohnabzugsverfahren und die unwürdige Behandlung der Arbeiter und schloß mit einem warmen Appell an die Versammelten, die Ausständigen auch finanziell zu unterstützen. Diese Ausführungen wurden vom Kollegen Dickmann ergänzt. Derselbe wandte sich besonders gegen das letzte, seitens der Firma herausgegebene Flugblatt, worin behauptet wird, daß die Löhne bei Deuß u. Oetker noch höher ständen als bei der Firma Königsberger. Es wurde dann noch die Karte verlesen, welche beim Bezirksvorsitzenden Pesch eingegangen war und bereits in Nr. 25 unseres Organs veröffentlicht wurde. Dieselbe rief sichtliche Zufriedenheit hervor.

Als zweiter Redner sprach Bezirksvorsitzender Pesch über „die gedrückte Lage der Textilarbeiter am Niederrhein, und wie verbessern wir dieselbe." Redner bedauerte besonders, daß so viele Textilarbeiter die Notwendigkeit der Organisation nicht einsehen wollten. Darin liege der Hauptgrund für die vielen Mißstände. Nur kräftige Arbeiterorganisationen seien imstande, bessere Zustände herbeizuführen. Scharf bekämpfte Redner die Fabrikarbeit der verheirateten Frauen. Die Frau gehöre ins Haus, nicht aber in die Fabrik, wo sie nur die Löhne der männlichen Arbeiter drücke. Das Beispiel verschiedener anderer Berufsklassen, die durch ihr geschlossenes Vorgehen große Erfolge errungen hätten, sollte den Arbeitern endlich einmal die Augen öffnen und ihnen zeigen, was Selbsthilfe vermag. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. Der Vorsitzende Kollege Dickmann schloß darauf die Versammlung.

NB. Ein freiwilliges Entree zu gunsten der Streikenden ergab die Summe von 50 Mk.

Walheim. Unsere zweite Quartalsversammlung am 1. Juni hätte besser besucht sein können. Der Kassierer erstattete den Kassenbericht. Auf Antrag der Revisoren wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt. Der Vorsitzende gab einen Bericht über die Bezirksgeneralversammlung. Nachdem ergriff Kollege Koch-Aachen das Wort und machte der Versammlung die Beschlüsse der Verbands-Ausschußsitzung bekannt. Hieran knüpfte sich eine rege Diskussion. In derselben wurde kritisiert, daß auf 500 Mitglieder nur ein Delegierter kommen soll; auch die Gewährung der Wöchnerinnen-Unterstützung fand keinen Anklang. Nachdem noch verschiedene Angelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Zittau i. Sachsen. Hier ist eine Zahlstelle unseres Verbandes im Entstehen begriffen. Darüber ist nun ein gewisser J. H. in Nr. 25 des „Textilarbeiter" höchst aufgebracht. Ist denn die Position der „Genossen" so wackelig, daß man das ganze rote Königreich in Gefahr glaubt, wenn das christliche „Verbändchen" (wie uns J. H. zu nennen beliebt) auf den Plan tritt?

Unser Flugblatt hat's dem Genossen angetan. Er zitiert daraus eine Stelle, wo es heißt, „daß die christlichen Gewerkschaften ihren Mitgliedern unter vollständiger Wahrung ihrer religiösen und politischen Interessen die Gelegenheit bieten, ihre wirtschaftlichen Interessen in energischer Weise vertreten zu können. Dazu bemerkt „J. H." denn folgendes: „Wenn jemand den freien Gewerkschaften beitreten will, so wird er nicht gefragt, ob er evangelisch, katholisch ist oder sonst eine Religion hat. Bei uns ist die Religion Privatsache und sind alle ehrenhaften Leute willkommen." Das schreibt Herr J. H. nach den Tagen von Köln. Wie naiv! Ja, Religion ist Privatsache, wenn man — keine hat.

Daß dem J. H. christliche Gewerkschaften noch ziemlich unbekannt sind, dafür spricht folgendes: Vor einiger Zeit wurden von der Zentrale hier eine Anzahl älterer, schon seit Jahren im Umlauf befindlicher Agitations-Flugblätter nach Zittau gesandt, in denen noch die Mitgliederzahl auf 17 000 angegeben ist. Diese Flugblätter wurden Ende Mai in Zittau verteilt oder z. T. auch mit Briefen versandt, aber nicht wie J. H. schreibt: „Ende Mai herausgegeben." Dann kam J. H. auch eine Nummer 19 unseres „Christl. Textilarbeiter" vom 13. Mai 1905 in die Hände, wo am Schlusse des Artikels „Treue dem Verband" unsere Mitgliederzahl auf 24000 (Anfangs März) angegeben ist. Er fragt nun wörtlich:

„Wie erklärt sich dieser Widerspruch? Anfang April 24 103 und Ende Mai 17 000? Dann wird immer noch gefaselt, daß man vor einem Mitgliederschwund keine Furcht hätte. Vielleicht gibt mir Herr Schiffer in Düsseldorf darüber Aufschluß."

Wie die Urabstimmung im März d. J. ergab, beträgt tatsächlich unsere Mitgliederzahl 24000, und wenn sich J. H. diese Tatsachen nicht zusammen kombinieren kann, so muß man eben annehmen, daß er, wenn vielleicht auch alt an Jahren, so doch auf gewerkschaftlichem Gebiete noch sehr unerfahren ist. Jedenfalls spricht das nicht für seinen Scharfsinn. Aber dennoch, über die „Christlichen" wird losgezogen, auch aus so kleinlichen Anlässen wie dieser. Uebrigens mag sich J. H. gedulden, es erscheint bald ein neues Flugblatt und kann er sich, wenn es ihm inzwischen nicht klar geworden sein sollte, „Aufklärung" daraus holen.

Zum Schlusse spricht J. H. die Hoffnung aus, daß wir dem „deutschen" Textilarbeiterverbande wohl schwerlich nennenswerten Abbruch werden tun können. Na, dann mag er sich doch beruhigen. Weiter sagt er: „Pflicht eines jeden „freidenkenden" Arbeiters ist aber nun, tüchtig zu agitieren, daß der christliche Verband hier keinen festen Fuß fassen kann." Daraus geht hervor, daß er oben ausgesprochener Hoffnung nicht recht traut, sondern glaubt, der tüchtigen Agitation zu benötigen, um das „Verbändchen" fernzuhalten. Was das „freie Denken" anbelangt, so ist zur Genüge bekannt, daß es bei manchem Genossen sehr oft über das Parteidogma nicht hinausreicht und selten zu einer gerechten Würdigung der Verhältnisse sich aufschwingt. E. R.

Versammlungskalender.

Kollegen und Kolleginnen, besucht stets unsere Versammlungen! Es ist Eure Ehrenpflicht!

Aachen. 4. Juli, 8¼ Uhr, bei F. Derichs, Dammstr. 25, Versammlung der Vertrauensleute der Ortsgruppen Aachen und Burtscheidt.
Borken i. W. 2. Juli, ½12 Uhr, beim Ehrenmitglied H. Sontag.
Bocholt. 2. Juli, 11 Uhr, Abrechnung der Vertrauensmänner mit dem Kassierer für die Gruppe West. 3. Juli, 8¼ Uhr, für die Gruppe Süd. 4. Juli, 8¼ Uhr, für die Gruppe Ost.
Borghorst. 2. Juli, 11 Uhr, bei Franz Dwersteg, Abrechnung.
Coesfeld. 2. Juli, 11½ Uhr, im Vereinshause, Abrechnung.
Düsseldorf. 2. Juli, 11 Uhr, im Paulushaus.
Eckirch i. E. Samstag, 8. Juli, 8 Uhr, bei Benoit.
Euenheim. 2. Juli, ½11 Uhr, bei Schröder, Gründung einer Ortsgruppe.
Emsdetten. 2. Juli, 10 Uhr, bei Wilh. Laumann, Vertrauensmännerversammlung (Abrechnung).
Gera. 9. Juli, 10 Uhr, bei Langenberg „Feldschlößchen", Abrechnung. Alle Bücher zur Stelle.
Glauchau. 1. Juli, 9 Uhr, im Meisterhaus, Monatsversammlung.
Markirch i. E. 9. Juli, 2 Uhr, bei Houtmann.
Rhede. 9. Juli, 4 Uhr, im Hengstermannschen Saale.
Schwelm. 8. Juli, 8½ Uhr, im katholischen Gesellenhause.
Venn. 8. Juli, ½9 Uhr, bei Leonh. Wesers in Pönth.

Schiefbahn. Aus dem Aufsichtsrat des Konsumvereins „Eintracht" Schiefbahn, e. G. m. b. H. ist ausgeschieden der Fabrikarbeiter Herr Heinrich Schinkels zu Schiefbahn.

Schiefbahn, den 17. Juni 1905.

Der Vorstand:
(1.20 Mk.) Heinrich Fliescher. Michael Schmitz.

III. Bezirk (Aachen).

Von einigen Mitgliedern ist bei den hiesigen Vorständen der Wunsch geäußert worden, wenn möglich, einen gemeinsamen Ausflug nach der Lütticher Weltausstellung zu unternehmen. Wir ersuchen die Mitglieder von Aachen und Umgegend, die sich daran beteiligen wollen, sich im Bezirksbureau zu melden. J. A. Sistenich.

III. Agitationsbezirk Aachen.

Sonntag, den 30. Juli, morgens 11 Uhr, findet im Lokale des Herrn J. Frantzen, Kleinmaschierstraße, die erste Bezirkskonferenz statt. Die Ortsgruppen werden ersucht, bis dahin die nach § 35 des neuen Statuts erforderlichen Wahlen vorzunehmen. Die Tagesordnung wird noch näher bekannt gemacht. J. A.: **Sistenich.**

Aachen-Burtscheidt. Am 16. Juli **Wiesenfest** auf Gut Heidchen, Restauration Zinsen. Näheres wird den Mitgliedern noch bekannt gemacht.

Die Vorstände der Ortsgruppen Aachen-B.

Zentralisierte Krankenzuschußkasse der christlichen Textilarbeiter in Bayern. Sitz in Augsburg.

Bekanntmachung.

Am Sonntag, den 30. Juli cr., nachmittags 3 Uhr findet im Gasthaus zu den sieben Schwalben in Pfersee die diesjährige statutengemäße ordentliche Generalversammlung statt.

Tagesordnung:
1) Rechenschaftsbericht.
2) Aenderungen der Statuten (§ 5).
3) Neuwahl der Hauptverwaltung.
4) Verschiedenes.

Zu dieser Generalversammlung sind die Kassenmitglieder freundlichst eingeladen. Die Herren Delegierten und Verwaltungsmitglieder haben vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Augsburg, 18. Juni 1905. **Die Hauptverwaltung.**

Für die streikenden Verbandsmitglieder in Schiefbahn sind bei dem Unterzeichneten folgende Beträge eingegangen:

Krefeld. Belegschaft der Firma Kniffler u. Siegfried	38,08	Mk.
„ „ „ „ Bretthal u. Cie.	13,85	„
„ „ „ „ Ernst Engländer	22,85	„
Fischeln. Ortsgruppe	18,—	„
Willich. Konsum	13,15	„
Osterath. Liste Nr. 541	6,65	„
St. Tönis. Belegschaft der Firma Gust. Königsberger	75,50	„
Hesford. Ortsgruppe	5,50	„
Süchteln. Durch Joh. Dohmesen	32,—	„
„ Belegschaft der Firma André	26,—	„
„ „ „ „ Ling u. Duhr	9,—	„
Krefeld. Belegschaft der Firma J. H. Jakobs	7,80	„
„ „ „ „ C. A. Köttgen	6,90	„
Dülken. Durch Stephan Hansen	27,50	„
St. Tönis. Versammlung in der Tonhalle 22/6	50,04	„
Dülken. Durch Stephan Hansen	34,50	„
Krefeld. Belegschaft der Firma Ernst Engländer L. 276	16,80	„
„ „ „ „ „ „ 278	15,15	„
„ „ „ „ Krahnen u. Gobbers	12,90	„
Mörs. Durch Alb. Wolters	24,15	„
Anern-St. Georg. Belegschaft der Firma Biemann u. Cie.	34,25	„
Freiburg im Breisgau. Durch H. Br.	5,—	„
Wassenberg. Versammlung 22/6	20,50	„
Krefeld. Belegschaft der Firma Kniffler u. Siegfried	34,10	„
Fischeln. Ortsgruppe	7,—	„
Anrath. Belegschaft der Firma C. Lange	40,20	„
Stieghorst. Bertelsmann u. Niemann	17,25	„
Krefeld. Belegschaft der Firma Fr. Keller u. Cie.	10,55	„
„ „ „ „ „ „	10,—	„
Krefeld. Von d. Arb. d. Firma Hoenighaus u. Thissen	18,70	„
„ „ „ „ „ „ Scheibler u. Co.	18,30	„
„ „ „ „ „ „ H. u. E. Jakobs	23,35	„
„ „ „ „ „ „ Michels u. Kaufmann	33,75	„
„ „ „ „ „ „ Leenderts u. Klaus	13,15	„
„ „ „ „ „ „ Schäfer u. te Neues	16,30	„
„ „ „ „ „ „ Krahnen u. Gobbers	48,—	„
„ „ „ „ „ „ Pelzer Gebr.	17,25	„
„ „ „ „ „ „ A. Leysner	15,40	„
„ „ „ „ „ „ F. W. Deußen	18,60	„
Hüls. Schoppen u. ter Meer	10,80	„
Coesfeld	54,—	„
Hersfeld	15,—	„
Brake-Milse	44,50	„
Neumünster	22,95	„
Gütersloh. Von d. Arb. d. Firma Strenger u. Westerfrölke	13,25	„
„ „ „ „ „ „ Lüttgert u. Niemöller	11,50	„
„ „ „ „ „ „ Gebr. Bartels	1,50	„
Viersen I	42,45	„
Erstein	8,—	„
Kaufbeuren	10,25	„
Herrheim	17,50	„
Zell i. W.	10,50	„
Summa	1120,17	„
Früher eingegangen	1018,31	„
Zusammen	2138,48	„

Düsseldorf, 26. Juni 1905.

Der Zentralvorsitzende: C. M. Schiffer.